Antifa Jugendinfo

Nr. 1
50 Pfennig
Ausgabe BRD

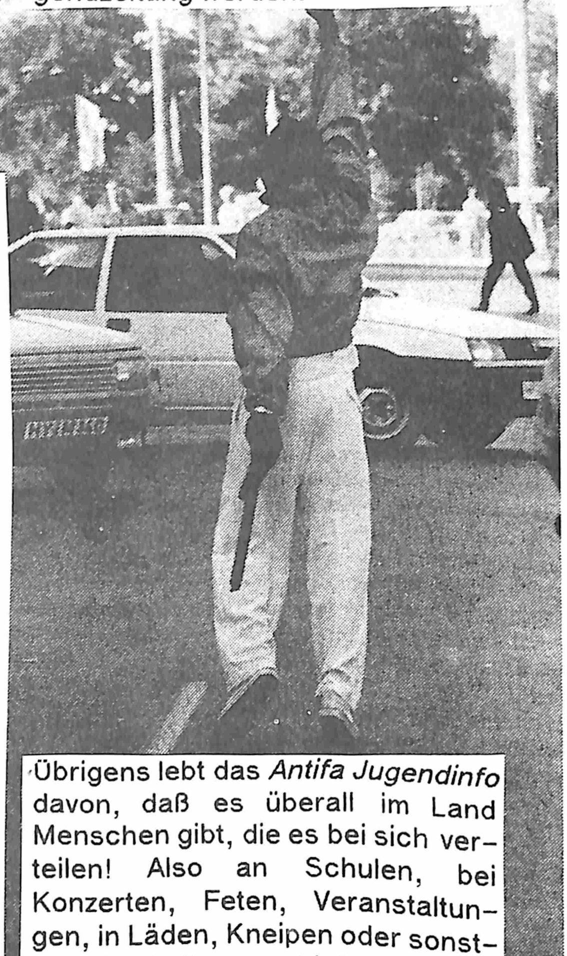


Wieder Pogrome in Deutschland

Postadresse: Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin



Wenn dir das *Antifa Jugendinfo* gefällt, dann schreib uns. Und wenn du was daran auszusetzen hast, dann schreib uns erst recht! Denn nur so können wir irgendwann mal vielleicht zu 'ner wirklich guten linken und antifaschistischen Jugendzeitung werden.



Hallo!

Hiermit hältst du die erste Ausgabe des neuen *ANTIFA JUGENDINFOS* in der Hand. Diese Zeitung wird ab Januar '92 alle 4–6 Wochen bundesweit herauskommen und sowohl über die Entwicklungen und Aktionen der faschistischen Szene informieren, als auch über Gegenaktivitäten. Doch wir wollen nicht nur ein reines Antifa-Infoblatt sein, sondern auch versuchen, mehr von uns rüberzubringen. Das können kulturelle Sachen sein, Erlebnisberichte, Aktionsvorschläge aus allen möglichen Bereichen, eben alles, was auch uns selber betrifft.

Das *Antifa Jugendinfo* wird herausgegeben in Berlin, es wird gemacht von Menschen aus West- und vor allem Ost-Berlin. Dies Zeitung kann/soll jedoch bundesweit verteilt werden, im Osten wie im Westen. Vielleicht können wir damit auch 'n bißchen vermitteln und rüberbringen, daß der "West-Ost"-Gegensatz (vor allem unter Jugendlichen) genauso schwachsinnig ist wie der, zwischen "Deutschen" und "AusländerInnen".

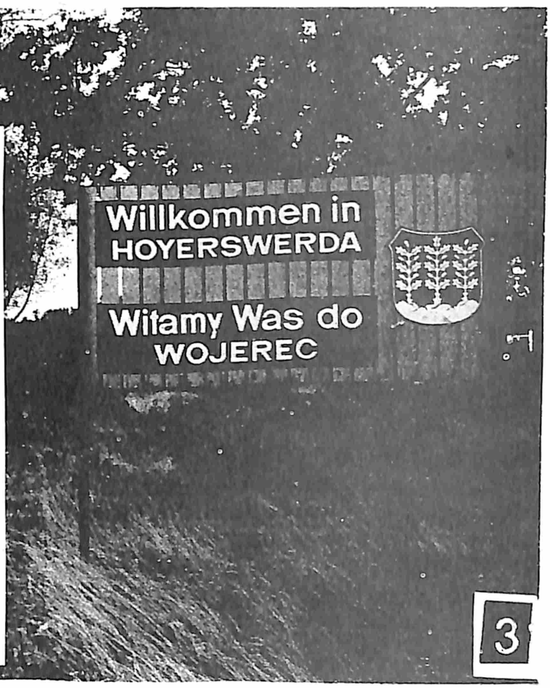
Übrigens lebt das *Antifa Jugendinfo* davon, daß es überall im Land Menschen gibt, die es bei sich verteilen! Also an Schulen, bei Konzerten, Feten, Veranstaltungen, in Läden, Kneipen oder sonstwo. Deshalb verschicken wir es auch an alle Interessierten, die es bei sich weiterverkaufen. Wenn Du dran interessiert bist, dieses *Jugendinfo* auch bei dir weiterzuverkaufen, schreib uns mal. Und lies den Abschnitt auf der vorletzten Seite!

Leider können wir das *Jugendinfo* nicht kostenlos herausbringen. Zwar konnten wir diese Ausgabe durch Spenden finanzieren (v.a. durch das Bundestagsbüro der PDS/Linke Liste – vielen Dank!), doch in Zukunft werden wir neben dem Verkauf auch auf Werbeanzeigen kaum verzichten können. Aber es gilt: Je mehr Spenden wir kriegen und je mehr wir verkaufen, umso weniger Anzeigen brauchen wir!

Diese Ausgabe des *ANTIFA JUGENDINFOS* hat natürlich (leider) ein bestimmtes Thema total im Vordergrund, nämlich die rassistische Gewalt, die sich seit September über dieses Land verbreitet. Daneben stellen wir auch noch verschiedene Nazigruppen vor und berichten über eine illegale Zeitung, die es seit Jahren schafft, unerkannt zu erscheinen (hihihi...).

Tschüß!
Das Redaktions-Kollektiv

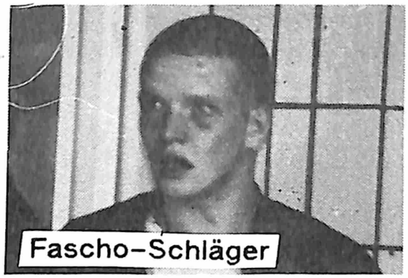
MENSCHENJAGD – und alle anderen schauen zu ...



Es begann wie schon so oft in den letzten Jahren: Eine Gruppe von Nazis und rassistischen Jugendlichen griffen ein Wohnheim von AusländerInnen an, warfen Steine in die Scheiben, verprügelten diejenigen, die ihnen in die Hände fielen. Hoyerswerda am 17. September '91, es hätte auch Karlsruhe sein können, Neubrandenburg oder jede andere deutsche Ortschaft. Nur – diesmal standen die vielen deutschen, ordnungsliebenden Bürger nicht nur tatenlos daneben, sondern sie applaudierten, sie spornten die angreifenden Faschisten noch an.


Einige "aktive" Jugendliche aus Hoyerswerda

Hoyerswerda stand damit als Symbol eines neuen Abschnitts: Dem Beginn von neuen Pogromen gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen. Denn allein in den nun folgenden drei Wochen hat sich viel geändert: Weit über 300 Anschläge und Überfälle auf AusländerInnen-Wohnheime und Asyllager, davon über 100 Brandanschläge! Versuchte Morde. Und Morde. Denn nach wenigen Tagen starb ein junger Flüchtling in Saarlouis! Allein in einem Jahr starben in diesem Land mindestens fünf Menschen durch rassistische Gewalt!
Ob Hoyerswerda, ob all die täglichen Nachrichten über diese Angriffe – plötzlich ist das normal geworden, scheinbar gehört es plötzlich ganz selbstverständlich dazu.
Der Horror, als im November in Eberswalde oder später in Dresden Schwarze wegen ihrer Hautfarbe umgebracht wurden, scheint größer gewesen zu sein als der, der heute herrscht. Die Normalität hält bereits nach wenigen Wochen Einzug. Der Faschismus, die Judenpogrome, die massenhafte Vernichtung von Menschen im "Dritten Reich" wirkt plötzlich nicht mehr so abstrakt. Denn heute sehen wir plötzlich, was einfach so möglich ist: Jede Nacht ziehen Rechtsradikale und ihre Gefolgschaft an Asylheime, können in Ruhe Feuer legen, Menschen auf offener


Fascho-Schläger

Straße ermorden – und der größte Teil der Bevölkerung schaut weg oder klatscht sogar noch Beifall. Die Faschisten sind gerade dabei, sich die Straße zu erobern. Und in vielen Orten kapitulieren ihre Gegner und ihre Opfer. Und von "oben" kommen nur zynische Reaktionen, die im Endeffekt den Opfern die Schuld zuschieben!
Wir haben seitdem viele, Erlebnisse, Eindrücke und Gedanken gehabt, einige davon folgen auf den nächsten Seiten.

Kurze Chronologie

17.9.91:
Hoyerswerda: Eine Gruppe von faschistischen Skinheads wirft mit Steinen fast alle Scheiben im Wohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße ein, in dem 150 AsylbewerberInnen leben. Danach werfen sie Mollies hinterher.

18.-20.9.91:
Die BewohnerInnen haben das Haus verbarrikadiert und sich mit Steinen und Stangen bewaffnet. Es gibt jede Nacht Überfälle, die daran Beteiligten werden immer mehr. Am Abend des 20. September belagern 600 (!) Leute das Wohnheim. Polizei fährt auf, die die Angriffe jedoch nicht verhindert.

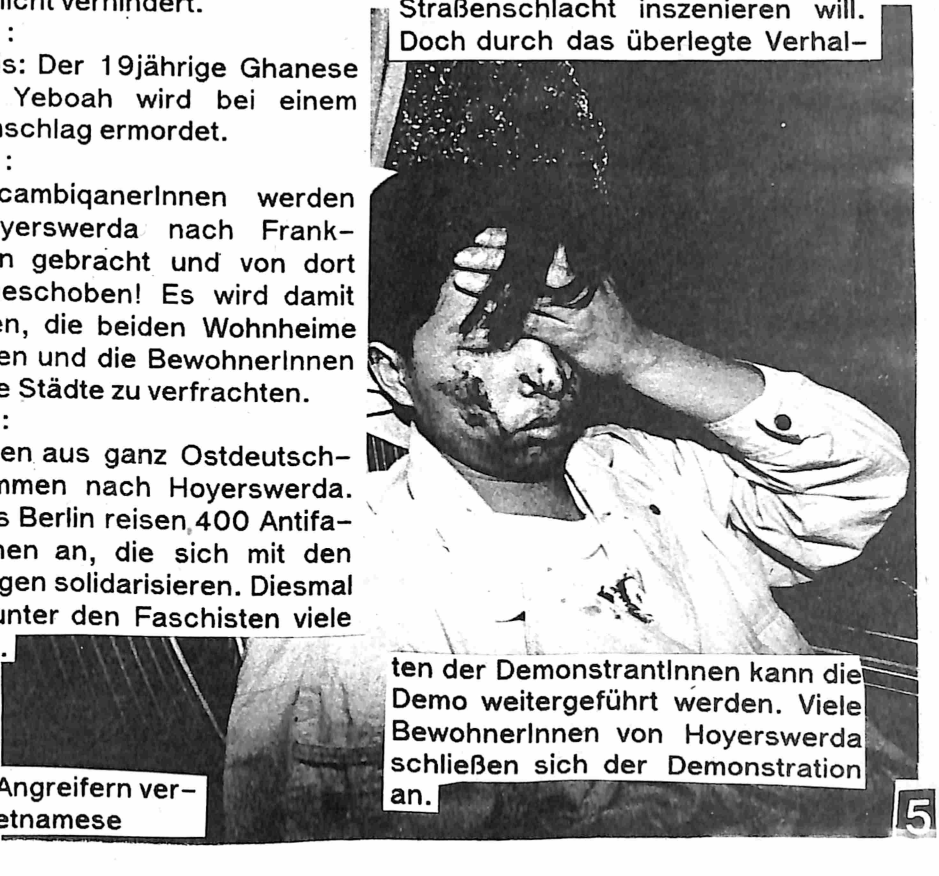
19.9.91:
Saarlouis: Der 19jährige Ghanese Samuel Yeboah wird bei einem Brandanschlag ermordet.

21.9.91:
70 MocambiqanerInnen werden von Hoyerswerda nach Frankfurt/Main gebracht und von dort aus abgeschoben! Es wird damit begonnen, die beiden Wohnheime zu räumen und die BewohnerInnen in andere Städte zu verfrachten.

22.9.91:
Faschisten aus ganz Ostdeutschland kommen nach Hoyerswerda. Doch aus Berlin reisen 400 AntifaschistInnen an, die sich mit den Flüchtlingen solidarisieren. Diesmal gibt es unter den Faschisten viele Verletzte.

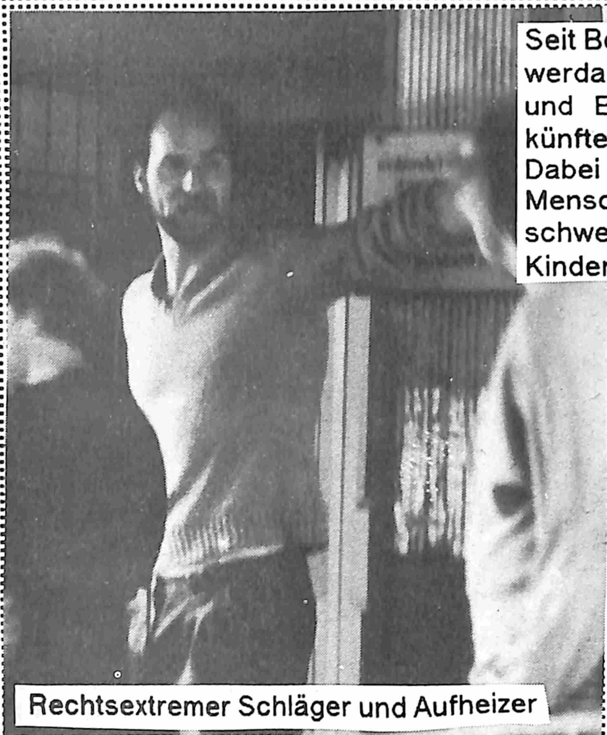
ab 22.9.91:
In der gesamten BRD beginnen Überfälle und Brandanschläge auf Wohnheime von Flüchtlinge und Immigrant/innen, fast jede Region in Ost- und Westdeutschland ist davon betroffen. Die Politiker "verurteilen" die Gewalt, schieben aber gleichzeitig den Opfern die Schuld dafür zu.

29.9.91:
Hoyerswerda: 4.000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet demonstrieren gegen den Rassismus. Es gibt massive Provokationen durch den BGS ("Bundesgrenzschutz"), der unbedingt eine Straßenschlacht inszenieren will. Doch durch das überlegte Verhalten der DemonstrantInnen kann die Demo weitergeführt werden. Viele BewohnerInnen von Hoyerswerda schließen sich der Demonstration an.



Von den Angreifern verletzter Vietnamese

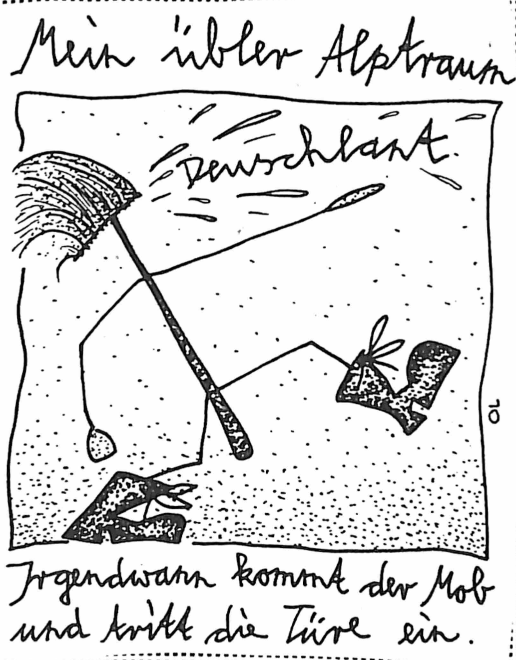
Seit Beginn der Angriffe in Hoyerswerda gab es über 300 Überfälle und Brandanschläge auf Unterkünfte ausländischer Menschen. Dabei wurde mindestens ein Mensch ermordet und ca. 20 schwer verletzt (davon die Hälfte Kinder).



Rechtsextremer Schläger und Aufheizer



Hoyerswerdaer Jungnazi



MIT BEI DEN FASCHISTISCHEN ÜBERFÄLLEN WAREN Z.B...

Kai PETSCHULAT, *Dirk* KUBITZA, *Mario* HÄNSCHEN *und Thomas* KONZACK, alle aus Guben; *Lutz* RIETSCHEL aus Dresden;

Gegen das Gewöhnen –

Organisiert Widerstand und Solidarität!





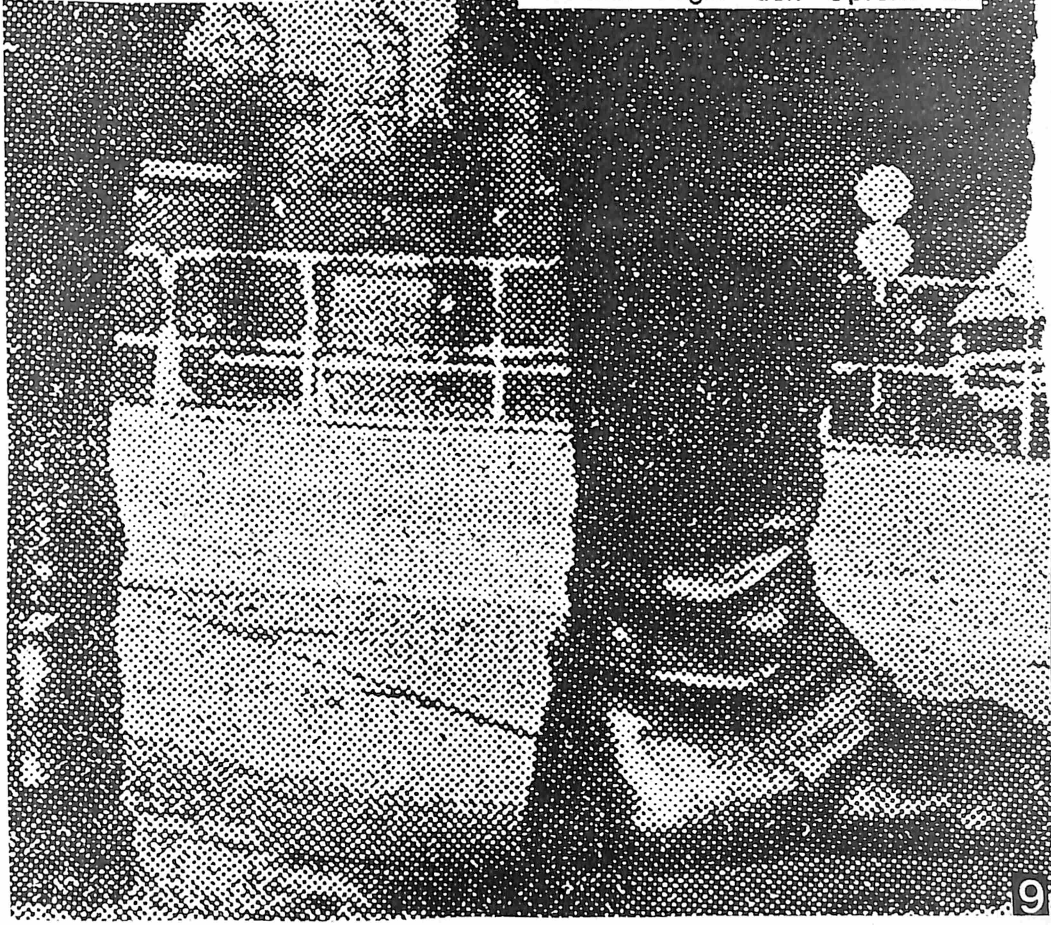
Heute morgen kamen im Radio wieder diese Nachrichten: Dort ein Brandanschlag, hier drei Überfälle, acht Verletzte, davon zwei schwer. Jeden Tag, jede Stunde, diese Zahlen im Radio. Doch diese Zahlen sind Menschen. Menschen, die irgendwo in der Welt geboren wurden, vielleicht in einem afrikanischen Dorf aufgewachsen sind oder in einem asiatischen Großstadtslum. Sie hatten Familie. Wenn sie Glück hatten, konnten sie zur Schule gehen. Vielleicht mußten sie sich verstecken, weil in vielen Ländern, aus denen Flüchtlinge kommen, werden Menschen verfolgt, gefoltert und getötet, wenn sie nicht regierungstreu sind. Es kann sein, daß sie wie viele andere vor ihnen im Kerker gesessen haben, ihre Verwandten umgebracht wurden.





Vielleicht war es aber auch so, daß sie aus einem armen Land kommen. Es gibt viele arme Länder auf der Welt und dort hungern und verhungern die Menschen. Und praktisch alle diese Länder werden von den großen Industriestaaten (wie z.B. die Bundesrepublik) total ausgebeutet. Ihr Kaffee, Tee oder Tabak, ihre Rohstoffe usw. werden ihnen nur zu einem winzigen Preis abgenommen, der kaum Gewinn abwirft, und die Unternehmer in den Ländern lassen ihre ArbeiterInnen auch lieber hungern, als ihnen mehr zu zahlen.
Es kann sein, daß die Eltern lange gespart haben, um den Kinder die Reise nach Europa zu bezahlen. Eine Reise, die die Eltern völlig ausblutet und sie allein zurückläßt – in der Hoffnung, die Kinder können vielleicht in Deutschland besser leben.
Jeder dieser Menschen, die in den Nachrichten nur als Zahlen vorkommen, hat seine Heimat verlassen. Meistens die Eltern, Verwandten und Freunde. Sie ließen ihr ganzes Leben hinter sich und gingen in ein kaltes Land. Hinter fast jedem Flüchtling liegt eine

Tragödie, liegt Trauer, Angst und Verzweiflung – und sehr oft ist dieses Deutschland die letzte Hoffnung.
Die Zahlen im Radio sollen uns abstumpfen, sollen unsere Gefühle ausschalten. Und damit unser Mitgefühl und unsere Solidarität. Wenn plötzlich diese massiven Überfälle zum Alltag werden, dürfen wir dies nicht hinnehmen! Jeder Brandsatz, jeder Stein und jede dieser Parolen stürzt Menschen in Verzweiflung und manchmal sogar in den Tod. Als vor einigen Jahrzehnten in Deutschland mit der Registrierung, Ghettoisierung und Deportation der jüdischen Menschen begonnen wurde, gab es von den "nichtjüdischen" Deutschen kaum Widerstand dagegen. Und das, obwohl die meisten wußten, daß am Ende die Ermordung dieser Menschen stand!
Die Situation heute ist noch nicht so weit, sie ist eher vergleichbar mit der der 20er Jahre, als auch schon Nazi-Horden – unter den Augen der Polizei – jüdische Geschäfte, Wohnblocks und Synagogen angriffen. Den vereinzelten Angriffen folgten Brandstiftungen und Morde. Man gewöhnte sich daran, gab mit der Zeit sogar den Opfern die



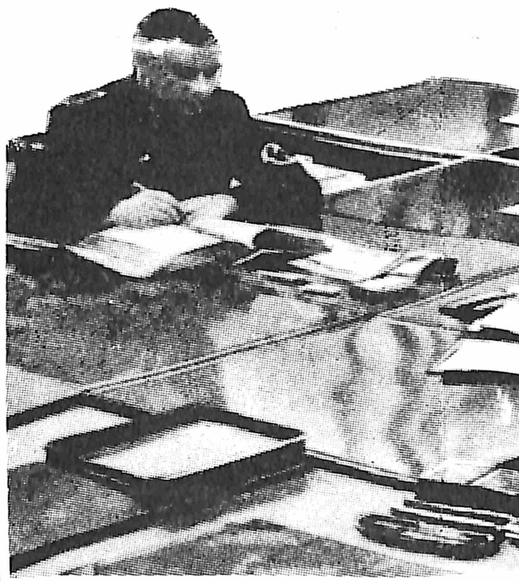
UNEINGESCHRÄNKTER AUFENTHALT FÜR ALLE FLÜCHTLINGE!



Schuld – warum lebten sie auch anders, trugen andere Klamotten oder Frisuren, sprachen anders? Warum waren sie auch Juden? Zum Schluß waren die meisten Deutschen gegen die Pogrome abgestumpft oder sie machten sogar mit. "Der Jude" war ja z.B. mit Schuld an der Arbeitslosigkeit, hieß es. Merkst du was? Es sind heute zum großen Teil die gleichen Parolen und "Argumente" wie damals!

Wir dürfen diese Normalität des aufkeimenden Faschismus nicht hinnehmen! Wir müssen uns lautstark und ganz deutlich gegen diese Entwicklung stellen. Kein Fußbreit den Faschisten, keine Chance dem Rassismus; das muß mehr werden, als nur hohle Parolen!

Wichtig ist jetzt, daß es eine praktische und aktive Solidarität gibt! In fast jedem Ort leben (noch) ausländische Menschen. Geht zu ihnen, setzt euch zusammen, lernt euch kennen. Lernt ihre Familien und ihre Probleme kennen und zeigt ihnen, daß es in diesem Land auch andere Menschen gibt, als diese verdammten Rassisten. Und viele dieser Menschen haben euch sicher auch was zu geben, von ihren Erfahrungen, von ihrer Heimat.



Wenn es bei euch AusländerInnen-Wohnheime gibt: Organisiert mit den BewohnerInnen die Bewachung oder zumindest einen Schutz z.B. über Telefonketten. Kümmert euch um Adressen von Rechtsanwältlnnen, die vielleicht zu kostenlosen Beratungen für ausländische Menschen bereit sind, macht euch auch selbst gesetzeskundig.

Beobachtet auch die Treffpunkte der Nazis und greift sie auch an, falls ihr stark genug dazu seid! Sie dürfen nicht mehr in Ruhe gelassen werden, denn sonst können sie ungestört zuschlagen. Sammelt auch Autonummern, Adressen und Fascho-Treffpunkte und gebt sie weiter. Sie dürfen nicht in ihrer Anonymität verschwinden, aus der raus sie unerkannt zuschlagen!

Vielleicht ist nicht all dies möglich, aber es ist verdammt wichtig, jetzt nicht wie der Hase vor der Schlange zu sitzen und reglos und hilflos zuzusehen, wie sie zuschlägt. Und auch, wenn die Anzahl der Anschläge wieder zurückgeht: Es ist nicht mehr wie vorher, die organisierten Neonazis und auch viele Deutsche haben gezeigt, wozu sie bereit sind und was wieder möglich ist.

Praktische Solidarität: Kontakte mit den Betroffenen, Flugblätter, Unterschriften sammeln, illegale Flüchtlinge verstecken und versorgen, Neonazis beobachten, angreifen und öffentlich machen, Soli-Aktionen, Diskussionen z.B. in der Schule, Nazi-Parolen übermalen usw. Es muß jetzt was passieren, damit der Horror nie wieder zur Normalität wird!

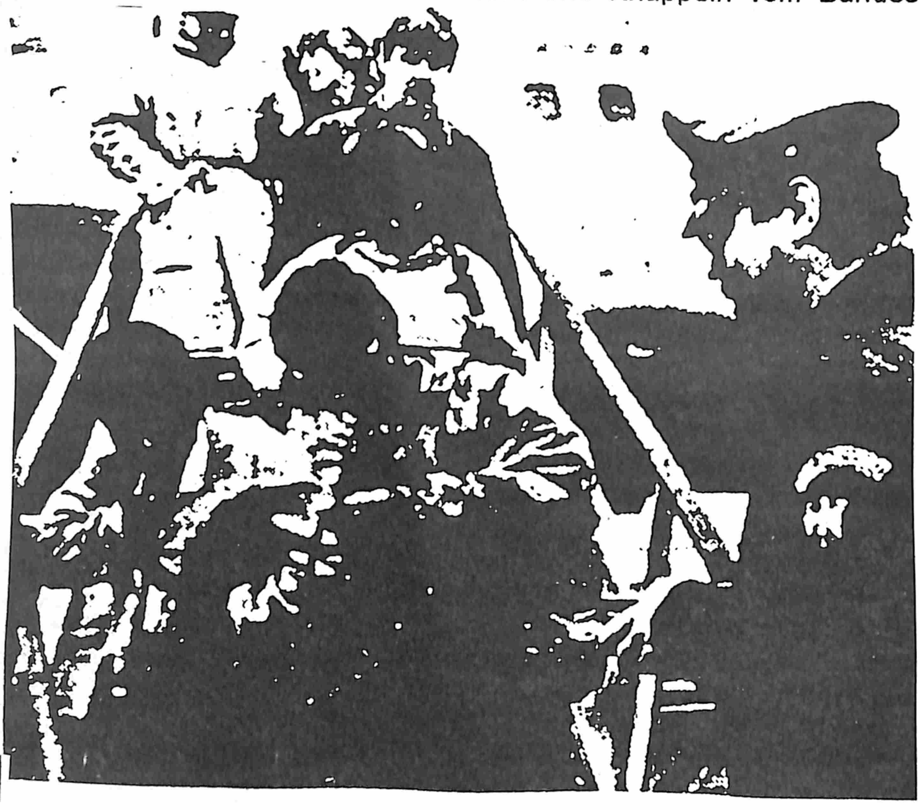


Verhalten der Polizei

Die Rolle der Polizei bei faschistischen Überfällen ist leider oft sehr unrühmlich. Fast immer kommt sie entweder zu spät oder gar nicht. Als vor einem Jahr in Zerbst (nahe Magdeburg) ein besetztes Haus von Nazis angegriffen wurde, stand die Polizei in ihrem Funkwagen untätig daneben. Die Faschisten zündeten das Haus an, die BesetzerInnen verbarrikadierten sich im 3. Stock. Als das Feuer das Dach erreicht hatte, kam die Feuerwehr mit Sprungtüchern. Die Leute konnten gerade noch rechtzeitig vom Dach springen, trotzdem gab es unter ihnen mehrere Schwerverletzte.

Immer wieder werden auch Asylheime oder andere Einrichtungen mit AusländerInnen von Neonazis oder rechten Jugendlichen angegriffen. Die Polizei jedoch hält sich meistens zurück. Nur selten greift sie auch wirklich mal massiv in solche Auseinandersetzungen ein und nimmt die rechtsradikalen Angreifer fest. Meistens vertreibt sie sie nur für einige Stunden, wenn überhaupt.

Anders jedoch bei antifaschistischen Aktionen. Die Solidaritätsdemo in Hoyerswerda am 29. September wurde z.B. immer wieder massiv mit Tränengas, Wasserwerfern und Knüppeln vom Bundes-



grenzschutz (BGS) angegriffen. Doch dies konnte das besonnene Verhalten der Antifas diesmal nicht durchbrechen. Wo war der BGS, als die beiden Wohnheime dort tagelang von Nazis angegriffen wurden? Erst als nach drei Tagen die Presse da war fuhr auch ein Wasserwerfer auf – ohne jedoch die Angriffe ernsthaft zu verhindern.

Leider haben wir diese Erfahrungen schon oft gemacht und im Westen gibt es sie seit vielen Jahren. Faschistische Organisierung und Gewalt wird meist nur auf großen öffentlichen Druck hin bekämpft und dann auch nur halbherzig.

Die Polizei ist als Vertreter dieses Staates verpflichtet, dessen Grundsätze und Politik zu verteidigen. Da diese Politik aber z.B. AusländerInnen als Menschen zweiter Klasse und Linke als Staatsfeinde und Verbrecher behandelt, ist das Vorgehen der Polizei nur logisch! Deshalb nutzt es auch nicht viel, sich irgendwelche Illusionen zu machen oder sich über diese Unterschiede zu beschweren. Wie bei der offiziellen rassistischen Politik ist es vielmehr wichtig, sich darüber 'ne Birne zu machen, wie man dagegen kämpfen kann. Wir müssen schlau und unberechenbar sein, und den Kampf gegen Faschismus und Rassismus nicht der Staatsgewalt überlassen!

Tadesse – warum?

Im Alter von sieben Jahren kam Tadesse aus Äthiopien nach Deutschland. Ohne Eltern, ohne Verwandten, ohne irgend jemanden. Er wurde aufgenommen von einer Familie in Süddeutschland. In diesem Dorf lernte er Deutschland kennen, den Hitler-Gruß und Worte wie "Niggersau" oder "Buschneger". Er erfuhr, daß man im Schwimmbad wegen seiner Hautfarbe verprügelt wird, und daß es Geschäfte gibt, in denen man nicht bedient wird.

Im Alter von 11 Jahren hat sich Tadesse in seinem Kinderzimmer erhängt.

Seine Geschichte wurde aufgeschrieben von seiner Adoptivmutter und veröffentlicht. Jeder soll es erfahren, von der Apartheid in Deutschland und daß sie tötet!



"Tadesse – warum?" könnt Ihr bei uns für 16,– DM (inkl. Porto) bestellen.

Die herrschende Politik – Wegbereiter des Rassismus


Tagesmutter
Wie Sie eine finden, wie Sie eine werden

„Privat-Pöbel!“
Pfarrer beleidigt alle Ost-Deutschen

SUPER! ZEITUNG
30 Pfennig

Die Asylanten kommen
Der reiche Westen schickt uns die Not in Bussen

SUPER!-GIRL BINGO!
Ich heiße K A T _ I N

Wunderbar! Wieder 5 x 6000 Mark.
Das ganze Glück morgen auf Seite 3

SUPER! AKTUELL

Mit Deutschlands großem

Die jetzigen rassistischen Überfälle kommen nicht einfach so aus dem Nichts. Sie wurden seit Langem von den Regierenden vorbereitet, nur ausgeführt wurden sie von organisierten Nazi-Gruppen.
Jahrelang wurden die AusländerInnen von der deutschen Bevölkerung isoliert, als "Fremde" gehalten. In der DDR noch mehr als im Westen, aber auch dort gab es spezielle "Heime" – Lager, in denen 6 bis 7 Menschen in einem Zimmer hausten, manchmal sogar in Zelten. Eine wirkliche Annäherung zwischen Hiergeborenen und Zugewanderten war niemals erwünscht, sie wurde weder von der Bundesregierung noch von der DDR wirklich betrieben. Es blieb bei scheinheiligen "Solidaritäts"-Erklärungen (in der DDR) und großen Zeitungsanzeigen "Miteinander leben" (im Westen). Doch wenn z.B. eine deutsche Frau einen türkischen Mann heiratet, wird sie automatisch von der AGA (Polizei-"Arbeitsgruppe zur gezielten Ausländerüberwachung") bespitzelt, ImmigrantInnen dürfen nicht an Wahlen teilnehmen, Flüchtlinge meist jahrelang ihren Wohnort nicht verlassen. Dazu kommt das neue (Anti-)"Ausländergesetz", das die Rechte der der Nicht-Deutschen noch weiter einschränkt, den Unterschied noch mehr vergrößert.
Seit Monaten tönen Politiker und die meisten Medien nun, daß das Land voll sei, die BRD könne nun keine weiteren AusländerInnen mehr aufnehmen. In der Presse begann eine beispielslose Hetze

gegen Flüchtlinge, von der BILD-Serie "Asylanten in Berlin" bis zur SPIEGEL-Titelstory "Das Boot ist voll". Alle Flüchtlinge ("Asylanten") wurden als "Schein-Asylanten" bezeichnet, die kein Recht auf ein Aufenthalt hier hätten.
Die Saat für den brutalen Gewaltausbruch wurde von der herrschenden Politik und ihrer Presse gelegt! Und deshalb sind die angeblich so betroffenen Kommentare der letzten Wochen nichts weiter als Verlogenheit und schlimmster Zynismus!
Und die Linie dieser "Ausländerpolitik" wird auch seitdem weiterverfolgt: Im ganzen Land melden sich die Politiker, die einen "Ausländer-Stopp" fordern. In Hoyerswerda haben die Rechten (und zwar nicht nur die Nazis) die angestrebte "ausländerfreie Stadt" erreicht, nun geht's weiter. Die CDU/CSU will das Grundgesetz ändern, um das Recht auf Asyl zu kippen, das sowieso schon total willkürlich außer Kraft gesetzt wird. Die SPD (Thierse) forderte, alle AsylbewerberInnen in Heime unterzubringen, zwecks "besserer Durchsetzung der Asylentscheidung" (Abschiebung!). Und die Bundes-Grünen fordern die Integration der hier lebenden AusländerInnen, haben aber auch "Verständnis" dafür, wenn nicht noch mehr kommen sollen.
Die schrecklichen Überfälle, die Morde und Schwerverletzten werden von den meisten Parteien und Politikern offiziell "verurteilt", aber gleichzeitig als "Volkszorn" akzeptiert! Noch während die Betroffenen sich kaum noch raustrauen und aus Angst nicht mehr schlafen können, müssen sie zuschauen, wie weiter gegen sie gehetzt wird, wie sie als "Asylbetrüger" und "Schmarotzer" diffamiert werden.



Bundeninnenminister Schäuble

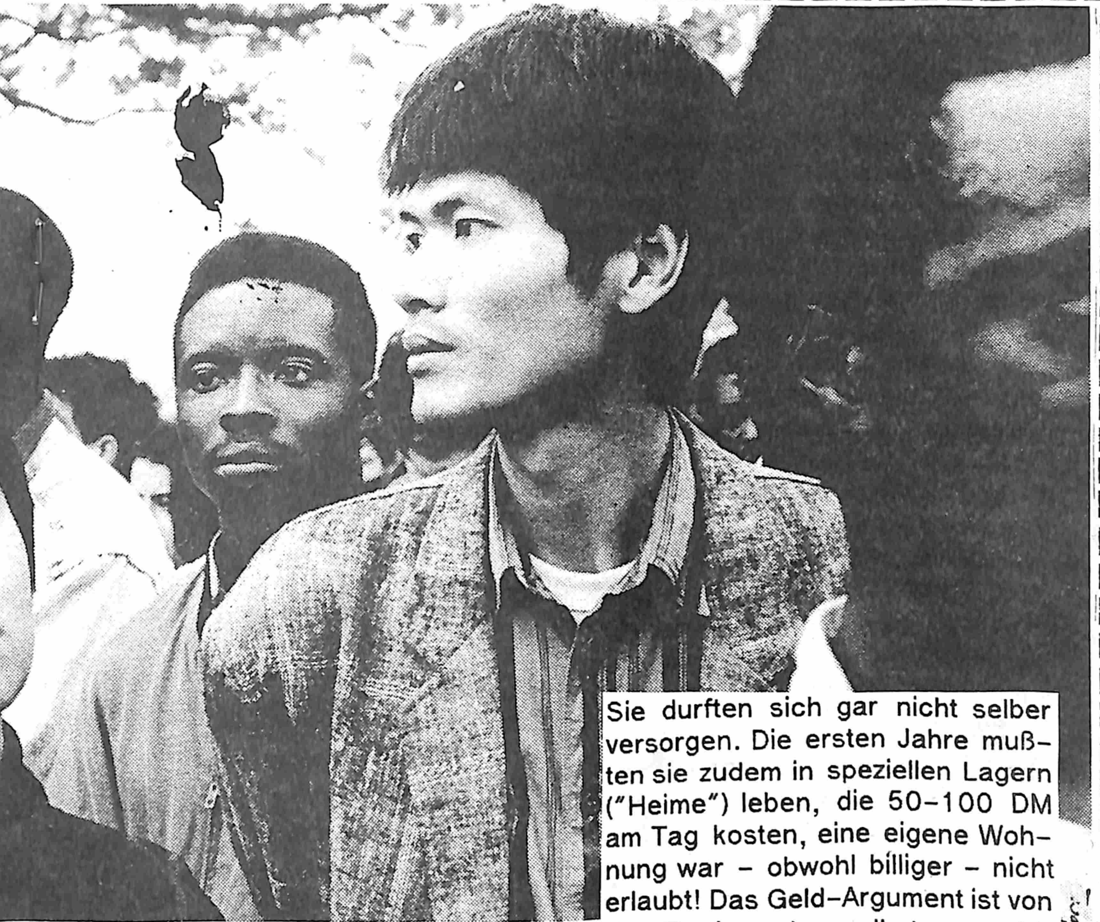
Bleiberecht für alle!



Wir lesen immer von "Scheinasylanten" die in ihrer Heimat gar nicht wirklich verfolgt werden. Sicher stimmt das bei einem Teil Teil dieser Menschen, aber was heißt denn das? Warum sollen sie nicht auch hierbleiben dürfen, wenn sie in ihrer Heimat aus anderen Gründen nicht mehr leben können oder wollen? Was gibt uns hier das Recht, über so schwerwiegende Entscheidungen im Leben eines Menschen zu richten? "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" behauptet Artikel 16 des Grundgesetzes der BRD. Aber nicht mal dies stimmt, denn es gibt auch politische Verfolgung und Folter in Staaten, denen die BRD-Regierung verbunden ist, z.B. die Türkei. Da wird die Verfolgung einfach abgestritten! Also kein Asyl, sondern Abschiebung in die Folterkeller des türkischen Geheimdienstes!

Es wird behauptet, die BRD wäre "voll" und hätte kein Geld mehr! Diese "Argumente" sind aber nichts anderes als Lügen, es geht in Wirklichkeit um die "Reinerhaltung der deutschen Kultur", also um nichts anderes als blanken Rassismus! Denn. Deutschland ist das drittreichste Land der Welt! Es hat 17 Milliarden DM zum Golfkrieg zugeschossen, kann sich Milliarden für die Olympischen Spiele in Berlin leisten, hat vier Milliarden für den Umzug der Regierung, will 800 Millionen für ein einziges Museum ausgeben, aber hat kein Geld!

Warum kommen diese Argumente eigentlich nicht, wenn es um die sogenannten "Aussiedler" geht? Also jenen Menschen, die hier wie selbstverständlich als Deutsche behandelt werden, obwohl sie aus Polen oder der Sowjetunion stammen und ihre Vorfahren Deutsche waren? Denn den knapp 200.000 Asylsuchenden 1990 stehen 397.000 (also fast doppelt so viel) "Aussiedler" gegenüber, die im letzten Jahr nach Deutschland gekommen sind. Es geht nicht darum, die beiden Gruppen gegeneinander auszuspielen, doch die Argumente



Sie durften sich gar nicht selber versorgen. Die ersten Jahre mußten sie zudem in speziellen Lagern ("Heime") leben, die 50-100 DM am Tag kosten, eine eigene Wohnung war - obwohl billiger - nicht erlaubt! Das Geld-Argument ist von den Regierenden selbst gemacht, es ist nichts als eine Lüge.
Dieser Staat, der sich selber demokratisch nennt und der im letzten Jahr die "Befreiung vom SED-Joch" feierte, er hat kein Recht, Menschen den Zugang zu unserem Land zu verwehren! Die Bundesrepublik ist groß genug und hat auch genügend Geld, um noch viel mehr Menschen ein Zuhause zu geben. Und niemand darf entscheiden, wer es "wert" ist hier zu leben und wer nicht! Das wären die Prinzipien von Menschlichkeit, von der Demokratie, also von den Werten, mit denen die BRD sich immer schmückt.

"Geld" oder "Platz" sind wirklich nur vorgeschoben!
Es gibt viele andere Länder auf der Welt die ärmer sind, aber wesentlich mehr Flüchtlinge aufgenommen haben. Es gibt afrikanische, arabische und asiatische Länder, die zu 50% aus Flüchtlingen bestehen. Doch die arbeiten dort, verpflegen sich selber und werden auch unterstützt. In Deutschland aber ist sowas anscheinend nicht möglich, im Gegenteil: Bis vor kurzem herrschte jahrelang ein generelles Arbeitsverbot für Asylsuchende.

Praktische Solidarität

In diesem Heft ist sehr viel die Rede von Neonazis, rassistischer Gewalt, von Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, von Verlogenheit der Politiker usw. Aber es gibt auch anderes zu berichten, Aktivitäten, die Mut machen und die die derzeitige Hilflosigkeit durchbrechen, die viele erfaßt hat.

Es begann Mitte September, plötzlich erfuhren viele von uns zum ersten Mal was von der Existenz der Stadt Hoyerswerda. Jeden Tag kamen die Berichte über Angriffe und Überfälle. Am vierten Tag begannen in Berlin einige Leute, einen Autokonvoi für den Sonntag vorzubereiten. Und am nächsten Tag fuhren dann auch tatsächlich 400 Menschen, fast alle aus sogenannten "autonomen Gruppen", nach Hoyerswerda. Dort gab es nicht nur Proteste und 'ne Kundgebung gegen die rassistischen Angriffe, sondern auch (für die Neonazis) sehr schmerzhafte Auseinandersetzungen. Zum ersten Mal wurde den Faschisten (die übrigens aus mehreren Bundesländern angereist waren) militant klargemacht, daß es auch Leute gibt, die sich mit den betroffenen AusländerInnen praktisch solidarisieren.



Auf der Rückfahrt waren bereits eine ganze Reihe der Asylsuchenden aus Hoyerswerda mit dabei. Sie wollten nicht mehr dortbleiben, sondern lieber in Berlin, wo sie sicherer sind.

Einen Tag später wurde eine Kirche in Kreuzberg besetzt, damit die Flüchtlinge erstmal dort unterkommen können. Andere wurden auch privat versteckt. Viele Linke, Alternativen, Pfarrer, FlüchtlingsberaterInnen usw. kümmerten sich um diese Menschen.

Am nächsten Wochenende demonstrierten in Hoyerswerda 4.000 Leute, die aus dem gesamten Bundesgebiet zusammenkamen. Der "Bundesgrenzschutz", der dort massiv eingesetzt wurde, versuchte über mehrere Stunden, die Demo zu provozieren und zu zerschlagen, was aber zum Glück nicht gelang.

Auch viele Menschen aus Hoyerswerda reihten sich ein, um deutlich zu machen, daß es auch andere Stimmen in der Stadt gibt als die, die immer im Fernsehen gezeigt wurden.
Am 16. Oktober gingen morgens um 2.30 Uhr in Berlin sechs doppelstöckige Reisebusse in Flammen auf und brannten völlig aus. Mit diesen Bussen sollten einige Stunden später Asylsuchende von Berlin aus in andere ostdeutsche Städte verschoben werden, aber daraus wurde ja nun nichts.

Neben diesen Aktionen gab es natürlich auch noch andere, kleiner, von weniger Leuten und weniger spektakulär. Da wurden Mahnwachen vor Flüchtlingsheimen abgehalten, andere organisierten den Selbstschutz in den Asyllagern mit, wieder andere sammelten Unterschriften gegen Rassismus und Abschiebungen usw.
Ob mit 300 Leuten oder zu dritt: jede gut durchdachte Solidaritätsaktion kann wichtig sein. Und jede und jeder hat auch die Möglichkeit, was zu tun! Fang mal bei dir selbst zu überlegen an...



Um 8 Uhr standen dann auch nicht - wie sonst jeden Donnerstagmorgen - die Flüchtlinge am Waterlooufer zum Abtransport bereit, sondern einige hundert UnterstützerInnen, die den Transport eigentlich verhindern wollten. Nur hatten sie diesmal ja nichts zu tun... Stattdessen zogen mehrere Dutzend Leute zum Büro der "Ausländerbeauftragten" und besetzten es kurzerhand.

Daß in dieser Aufzählung fast nur Aktionen von berliner Leuten drinstehen, liegt übrigens nur daran, daß wir bisher kaum was anderes mitgekriegt haben. Damit das anders wird, schreib uns deine Erfahrungen und Berichte!

Die DEUTSCHE LIGA

An dieser Stelle soll unter dem Stichwort "NEWS VON RECHTS" in Zukunft die Entwicklung in der organisierten Faschisten-Szene beschrieben werden. Neugründungen oder die Vorstellung von Naziparteien, Gedanken zu ihrer Ideologie, Strategien der Faschos usw. werden unter "NEWS VON RECHTS" behandelt.

Am 3. Oktober wurde in Villingen-Schwenningen, einer Kleinstadt in Baden-Württemberg, die Partei *"DEUTSCHE LIGA für Volk und Heimat" (DL)* gegründet. Damit hat die bisher als *"Deutsche Allianz"* firmierende Gruppe einen weiteren Schritt zur bundesweiten Organisierung geschafft. Mit dabei sind viele ehemalige Mitglieder der *Republikaner, NPD* und *DVU*.

Die *DL* strebt an, eine Partei zu werden, die eine Politik der Straße genauso wie eine parlametarische Politik macht. Sie nennt sich eine "zeitgerechte Volkspartei und schlagkräftige Nationalbewegung", die "auch spontan und öffentlichkeitswirksame Aktionen vor Ort" organisiert. Hoyerswerda läßt grüßen!

Die *DL* versucht – anders als z.B. die *REP* – gar nicht erst, groß auf "demokratisch" zu machen. Zwar führt sie dieses Wort auch im Mund, aber sehr viel Wert legt sie nicht drauf. Und die aktuellen Ereignisse in diesem Land zeigen ja auch, daß das "demokratische" nicht mehr unbedingt erwünscht ist...

Die *Deutsche Liga* setzt sich vor allem zusammen aus gefrusteten Mitgliedern anderer rechtsextremer Parteien, die meisten haben diese Parteien bereits verlassen, andere laufen gerade über. Dabei fällt auf, daß es vorwiegend auch Funktionäre sind, die nun in die neue Partei kommen. Bei den *Republikanern* herrscht ja z.B. schon sehr lange Frust, daß in der Partei keine Bewegung ist, daß der Bundesvorsitzende *Schönhuber* die allmächtige Figur in der Partei ist und sie praktisch als Privateigentum behandelt. Die *Deutsche Volksunion (DVU)*, die im Oktober bei der letzten Wahl in Bremen mit sechs Abgeordneten in den Senat gewählt wurde, hat ansonsten keine größeren Erfolge aufzuweisen und dient vor allem ihrem Vorsitzenden *Gerhard Frey* zur Geld-Vermehrung. Ebenso wie sie ist auch die *NPD* zu großen Teilen eine "Altherren-Partei", deren große Zeiten schon viele Jahre zurückliegen. Doch seit dem Anschluß der DDR an die BRD hat auch diese Partei wieder Aufwind bekommen.

Die *Deutsche Liga* will nun in Zukunft als Sammelpartei die verschiedenen Strömungen in der extremen Rechten zusammenfüh-

ren. Da dürfen natürlich auch die militanten Nazis nicht fehlen. Also diejenigen, die sich nicht mit "parlamentarischem Gehabe" abgeben sondern lieber gleich zuschlagen oder Brandanschläge verüben. So wurde z.B. *Harald Neubauer*, der von den *REP's* zur *DL* kam, als Aktivist der illegalen *NSDAP* entlarvt, einer Organisation, die all jene zusammenfaßt, die mit Gewalt einen neuen NS-Staat erzwingen wollen. Dieser Partei gehören so ziemlich all diejenigen an, die in den 70er und 80er Jahren als militante Neonazis auffielen. Das fängt an bei *Karl-Heinz Hoffmann* (Gründer und Leiter der *"Wehrsportgruppe Hoffmann"*, die für die Ermordung von 13 Menschen in München, 1980, verantwortlich ist), das geht über *Michael Kühnen*, der die militante Neonazi-Szene erst richtig organisiert hat, und das hört bei *Harald Neubauer* noch lange nicht auf, der über die *DVU* und *NPD* zu den *Republikanern* kam, um überall dort eben den "bürgerlichen" und parlamentarischen Teil der Faschisten zu kontrollieren.

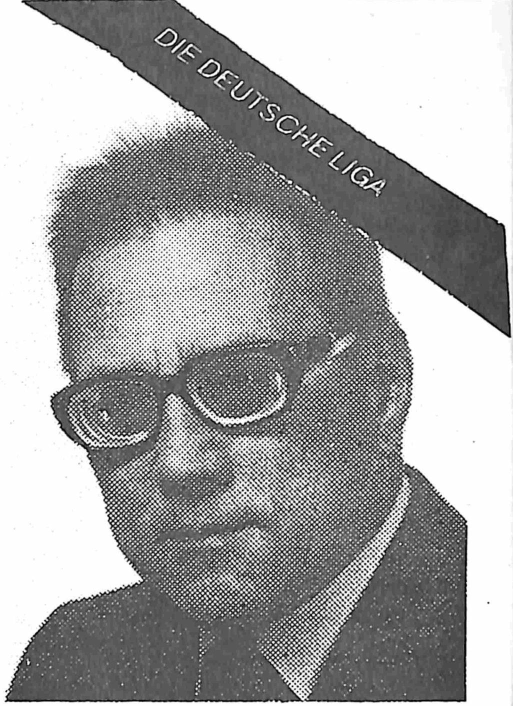
Die *Deutsche Liga* wird gerade in dieser Zeit des aufkommenden Massen-Rassismus eine wichtige Position einnehmen, fähige und erfahrende Leute sind schon heute dabei: Z.B. *Martin Mußgnug*, ehem. Bundesvorsitzender der *NPD*; *Jürgen Schützinger*, *NPD*-Funktionär; *Rudolf Kendzia* war berliner *NPD*-Landesvorsitzender; *Harald Neubauer*, ehem. *REP*-Generalsekretär; *Franz Glasauer*, der im *REP*-Bundesvorstand saß; *Carsten Pagel*, bis September noch Landesvorsitzender der *REP* in Berlin; usw. usw. Die Funktionärsgarde ist also durchaus beachtlich, was aber noch nichts aussagt über die Chancen, die die *Deutsche Liga* in Zukunft beim rechten Teil der Bevölkerung haben wird. Denn schon die *REP* haben es nie so richtig geschafft, die "Massen" zu begeistern. Zwar konnten sie mehrere Male bei Wahlen gut abschneiden, doch fehlte ihnen eine


DEUTSCHE RUNDSCHAU

Wovon keiner mehr spricht

gut funktionierende und überzeugende Basisarbeit in den Städten und Regionen. Noch schlechter sieht's in dieser Hinsicht bei den anderen Fascho-Parteien aus, das ist also für die *DL* nicht gerade ein guter Ausgangspunkt.
Insgesamt aber halten wir die *Deutsche Liga*, zumindest längerfristig, schon für gefährlich und wollen deshalb auch möglichst versuchen, ihnen überall entgegenzutreten, wo das geht.
Die in Stuttgart geplante Gründungsveranstaltung (als Partei) mußte übrigens kurzfristig in eine Kleinstadt verlegt werden, da die Stadt den Saal gekündigt hatte. Die *DL* hatte sich den Saal mit falschen

Angaben erschlichen. Sie konnte dann zwar erfolgreich gegen die Kündigung klagen, daraufhin forderte die Stadtverwaltung aber die Hinterlegung einer Kaution von 100.000 DM für eventuelle Schäden am Gebäude. Und dieses Geld konnte die *DL* nicht aufbringen. Daraufhin konnten nur noch 400 der ca. 800 angemeldeten Personen teilnehmen.
Trotz der Verlegung der Veranstaltung gab es eine antifaschistische Kundgebung mit mehreren hundert Leuten gegen Rassismus und Neofaschismus.



RUDOLF KENDZIA aus Berlin
Stellvertr. *DL*-Bundesvorsitzender
Ehem. *NPD*-Landesvorsitzender und *REP*-Geschäftsführer

Erlebnis in Ravensbrück



Blockade der B 96

Der folgende Text wurde uns zugeschickt:

Am 10. August wollten wir die Gedenkstätte für das Frauen-KZ Ravensbrück in Fürstenberg besuchen.
Um dieses Gelände hat es in letzter Zeit viele Diskussionen gegeben, da dort ein "Kaisers"-Supermarkt hinkommen sollte. Große Teile der

Fürstenberger Bevölkerung hatten hierin scheinbar eine Gelegenheit gesehen, die unbequeme Vergangenheit zu entsorgen. Es hatte sogar eine Straßenblockade für den Supermarkt gegeben.

Fürstenberg ist ein kleiner Ort am Rande der Mecklenburger Seenplatte, das KZ-Gelände liegt an einem der Seen.

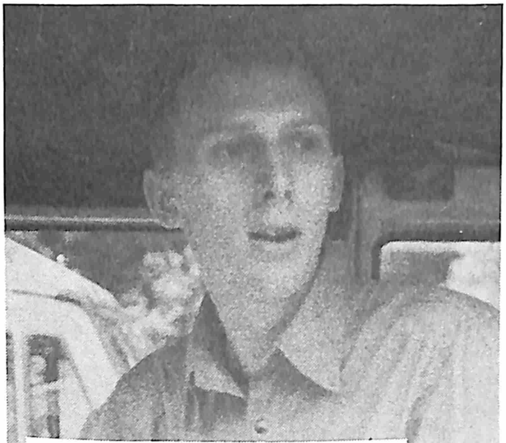
Auf der Straße die aus Fürstenberg zur Gedenkstätte führt, lief ein Gruppe von zehn Kurzhaarigen, einer mit Reichskriegsflagge auf dem T-Shirt. Sie klebten Nazi-Propaganda und steckten gelbe Zettel unter Scheibenwischer, auf denen sie forderten, die armen Deutschen endlich mit dem "Holocaust" in Ruhe zu lassen. Unterschrieben wurde das Ganze mit "Nationalistische Front".



Als wir 10 Minuten später die Gedenkstätte erreichten, stürzten gerade 15 Nazis panisch aus dem Gebäude, riefen "Schnell weg! Nicht zum Auto!" und rannten weg. Angesichts dieser Masse - wir waren nur zu zweit - hatten wir natürlich ganz schön Schiß und taten erstmal nichts. Anders aber einige BesucherInnen der Ausstellung: Der Grund für die Panik der Nazis waren offenbar ein paar ältere Pärchen - nicht mehr als 6-8 Menschen, sämtliche älter als 40 Jahre alt. Ein Mann, mindestens 60 Jahre alt, rannte der Gruppe hinterher und filmte mit seiner Video-Kamera.

Folgendes hatte sich ereignet: Die Nazis hatten begonnen, in der Gedenkstätte ihre Kacke aufzuhängen. Ein Besucher hatte das Material heruntergerissen und sie aufgefordert, den Rest auch abzumachen. Daraufhin traten sie nach ihm. Er forderte das Personal auf, die Bullen zu verständigen. Inzwischen hatte seine Frau die Szene fotografiert und wurde daraufhin von den NF'lern in einen Seitenraum gedrängt, wo sie ihr die Handtasche und die Kamera raubten. Ihrem Mann gelang es offenbar sie rauszuboxen, woraufhin sich vier der deutschen Helden auf ihn stürzten und nach ihm traten. Erst als ihr Chef den Abzug befahl

hörten sie auf. Nun rannten sie vor der kleinen Gruppe wütender BesucherInnen in heller Aufregung davon.
Wir heldenhaften Antifas hatten wie gesagt ziemlich Angst und erst als wir die Entschlossenheit der "Bürger" und ihren Erfolg sahen, rannten auch wir den Nazis hinterher. Die hatten es aber sehr eilig... Nur einer, ein adretter, gescheitelter Typ (siehe Foto), verließ sich auf seine Tarnung. Wir machten ihn mit einigen antifaschistischen "Argumenten" darauf aufmerksam, daß er besser daran täte, sich zu verpissen. Auch er lief dann, sichtlich erschreckt über die Wendung des Unternehmens, zu dem Auto, das seine Kameraden vorher erwähnt hatten. Als wir uns gerade noch mit dem Scheitelchen unterhielten, kamen seine Kameraden zurück, einer mit Sturmhaube über'm Kopf. Wir dachten schon, jetzt würde unser Ausflug würde nun doch noch böse enden. Aber der Vermummte war wohl eher diplomatisch: "Ihr habt doch auch eure Meinungsfreiheit, warum fotografiert ihr uns?". Einige waren der Meinung, in ihm den berliner NF-Chef *Andreas Pohl* erkannt zu haben. Jetzt verpißten sich die Faschisten endgültig. Dabei fiel uns noch eine ziemlich unauffällige Frau ins Auge, die mit einem dunkelblauen Pkw abfuhr und noch zwei der Faschos aufnahm.
Die benachrichtigten Bullen kamen übrigens bereits nach nur einer Stunde mit Blaulicht angefahren!
Alles in allem muß man natürlich sagen, daß die Aktion den Nazis trotzdem 'ne Menge gebracht hat. Auf der Rückfahrt sahen wir, daß der NF-Trupp die ganze Straße bis nach Fürstenberg mit ihren Flugblättern vollgehängt hat. Der gut aufgemachte Propaganda-Zettel wird seine Wirkung bei den EinwohnerInnen von Fürstenberg sicher nicht verfehlen.



Fahrer des *NF*-Transporters

Überrascht hatte uns übrigens, wie panisch die Nazis wurden, als ihnen unverhüllte Ablehnung entgegenschlug. Die deutschen Helden – immerhin organisierte Neonazis – hatten gewaltige Angst, sobald mehr als eine einzige Person gegen sie war. Das beweist, daß es nicht nur richtig, sondern auch erfolgreich sein kann, auch dann etwas gegen die Faschos zu unternehmen, wenn man ihnen zahlenmäßig unterlegen ist. Unser Erlebnis ist nur ein weiterer Beweis dafür, daß die ganze Stärke der Nazis zusammenfällt wie in Kartenhaus, wenn ihnen entschlossener Widerstand entgegengestellt wird.



Antifa Jugendinfo!

Dieses ist die erste Ausgabe vom *Antifa Jugendinfo BRD*. Es wird in vielen Städten und Regionen des Landes verteilt.
Zum ersten Mal gibt es diesen Versuch, eine bundesweite antifaschistische Jugendzeitung herauszubringen, eine unabhängige und linke Zeitung.
Wir wollen nicht ausschließlich zum Thema NAzis, Rassismus usw. berichten, sondern auch was von uns, unseren Wünschen, Vorstellungen und Idealen rüberbringen.
Das *Antifa Jugendinfo* ist nicht alles was wir machen, aber es wird einen großen Teil unserer Kraft einnehmen. Woraus wir dabei auf jeden Fall angewiesen sind, ist die Unterstützung durch andere Menschen und Gruppen. Verkauft die Zeitung bei euch, macht sie überall bekannt, unterstützt uns auch finanziell!
Gerade am Anfang sind wir stark auf Hilfe angewiesen! Wenn dir die Zeitung gefällt und du mithelfen willst, daß sie weiterhin erscheint, dann melde dich mal bei uns!

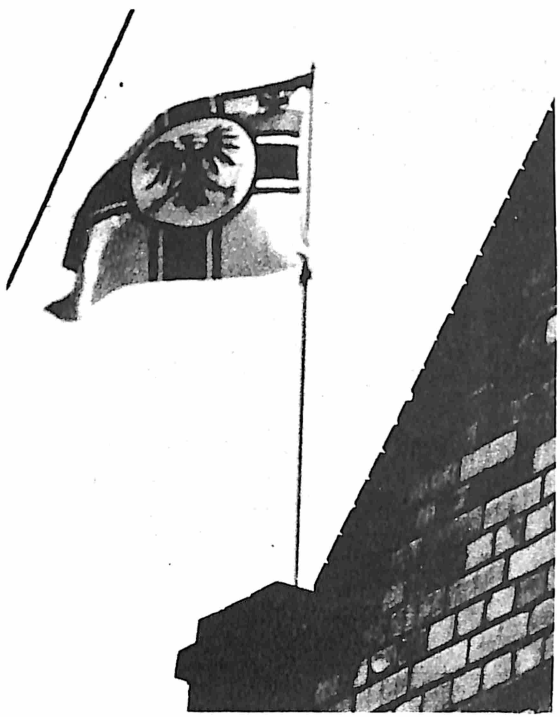
ANTIFA JUGENDINFO, Friedrichstr. 165, O–1080 Berlin

Legalisierung der NF

Die *NATIONALISTISCHE FRONT (NF)* wurde 1984 von dem Neonazi *Meinolf Schönborn* in Bielefeld gegründet. In dieser Stadt lag auch bis vor kurzem ihr bundesweites Hauptquartier. Die *NF* nennt sich eine sog. "nationalrevolutionäre" Partei. Sie verwendet sehr stark scheinbar "linke Inhalte" wie Antikapitalismus und Antiimperialismus, sie verstehen es aber auch, dies in ihr rassistisches, sexistisches Weltbild, ähnlich wie der "Strasser-Flügel" der *NSDAP*, einzubringen.

Am 29. September trat nun die *Nationalistische Front* zur Landtagswahl im Bundesland Bremen an. Ihr Stimmenanteil war zwar letztendlich sehr gering, aber nicht diese Stimmen waren der *NF* wichtig; denn wenn eine Partei erstmal in einem Bundesland an einer Wahl teilgenommen hat, hat sie einen wichtigen politisch-juristischen Erfolg verbucht: Sie kann dann nicht mehr einfach vom Bundesinnenministerium oder einem Landesinnenminister verboten werden, was z.B. früher bei der *ANS/NA* oder der *Nationalen Sammlung* von Michael Kühnen passiert ist. Stattdessen kann ein Verbot nun nur noch durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen werden, was aber in der Geschichte der BRD erst einmal geschehen ist, und zwar Mitte der Fünfziger Jahre bei der KPD. Und dies kurz nach dem Krieg, wo der Faschismus "vorbei" war, das Verbot einer linken, antifaschistischen Partei!

Daran erkennt man auch ganz deutlich die gesellschaftlichen Grundstrukturen unseres Staates: Abschaffung des revolutionären Widerstands gegen die Herrschenden und dafür die Legalisierung militanter, faschistischer Gruppen, die Minderheiten terrorisieren. So behält der Staat 'ne weiße Weste und läßt andere ihr menschenverachtendes System auf Minderheiten wirken. Das heißt, daß den Regierenden Fascho-Organisationen als ein Repressionsmittel nur recht(s) sind. Solange die Nazis



nicht die Grundstrukturen des Staates angreifen, wird der Staat sie auch niemals wirklich bekämpfen.



Nazi-Parole in Halle

Zunächst verbreitete die *NF* ihre faschistische Propaganda über Flugblätter und der Schülerzeitung "Klartext" und sie terrorisierte AusländerInnen und Linke. Seit der Grenzöffnung hat sie ihren Aktionsschwerpunkt nach Ostdeutschland verlegt. Vor kurzem verkaufte sie ihr "Bundeszentrum" in der Bielefelder Bleichstraße, allerdings besitzt die Partei noch ein "Schulungszentrum" in Pivitsheide. Ihr neues Zentrum will sie anscheinend nach Halle verlegen, wo bereits die *Hallesche Deutsche Jugend (HDJ)* ein paar Häuser in der Kammstraße besetzt hat. In der *HDJ* sind ca. 30-50 Faschos organisiert, ihr Führer ist *Thomas Hanke*, "die" rechte Größe in der Gegend. Kein Wunder also, daß auch die *NF* auf ihn stieß (oder umgekehrt).

Der hamburger Rechtsanwalt *Jürgen Rieger*, als Nazi-Anwalt und Faschist seit Jahren bekannt, hat das "Projekt Kammstraße" durchgecheckt und für haltbar erklärt. Seitdem gibt die *NF* der *HDJ* Geld und ideologische Unterstützung. Es wird also nicht mehr lange dauern (vielleicht ist es auch schon so weit), daß sie sich dort einnistet. Der Anwalt *Rieger* ist übrigens selber Mitglied der *NF* und hatte bereits rechtlich beim Verkauf des Hauses in Bielefeld und dem Häuserkauf in Pivitsheide seine braunen Finger im Spiel.

IMPRESSUM

Das ***Antifa Jugendinfo BRD*** erscheint alle 4-6 Wochen und wird für 50 Pf. bundesweit verkauft.

Redaktion:
ANTIFA JUGENDINFO
Friedrichstr. 165
O - 1080 Berlin

Herausgeber & ViSdP:
Kai Mara
Gneisenaustr. 2a
W - 1000 Berlin 61

Druck:
Eigendruck im Selbstverlag

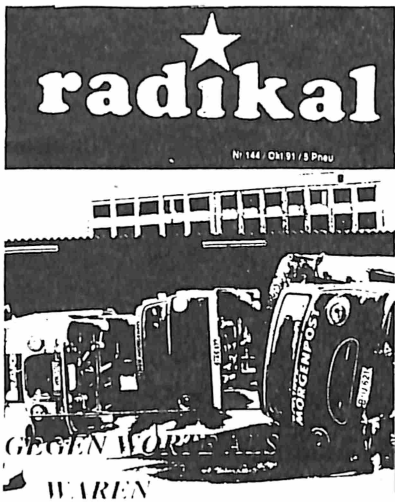
Lebe wild und gefährlich!

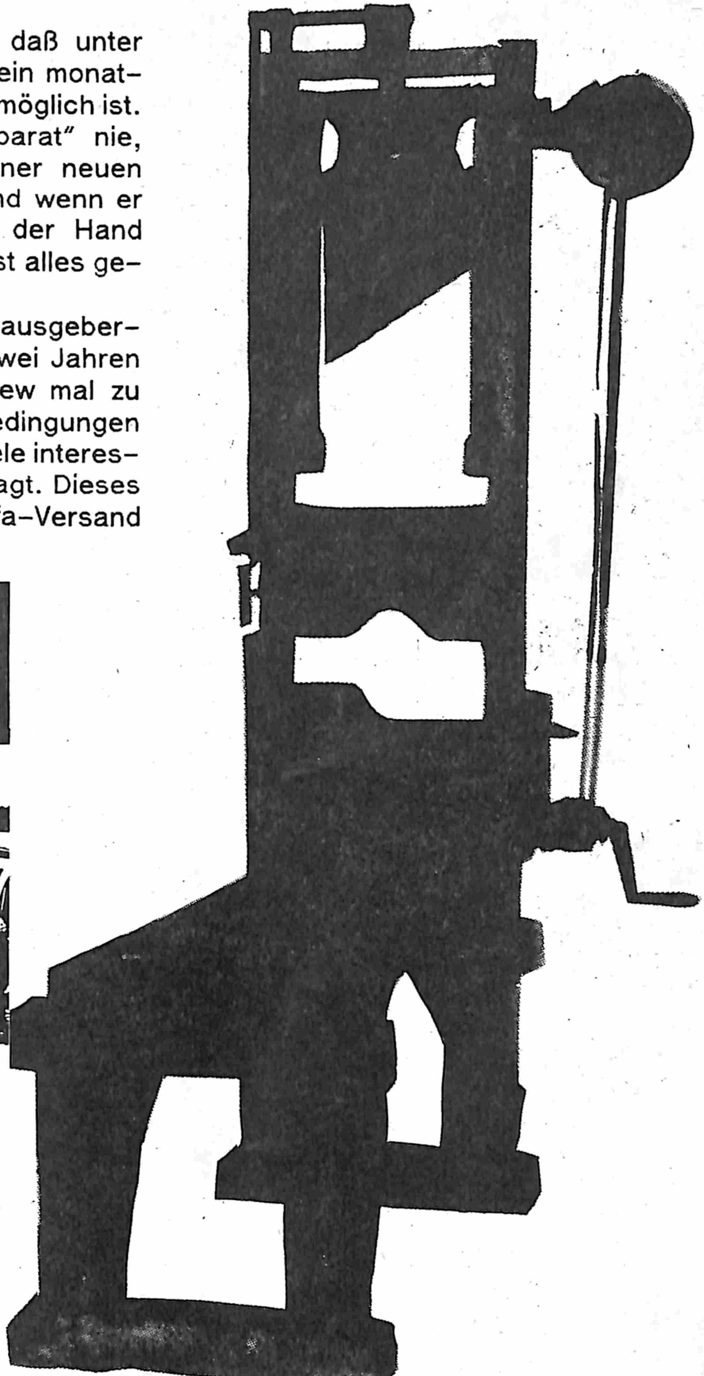
Seit Mitte der 80er Jahre erscheint bundesweit eine Zeitung, die den Ermittlungsorganen der Polizei immer noch große Kopfschmerzen bereitet: die *RADIKAL*.
Gegründet wurde sie in den 70er Jahren, erst als "sozialistische Zeitung für Westberlin", später war sie eher anarchistisch und entwickelte sich dann zu einer wichtigen bundesweiten Zeitung der autonomen Häuserbewegung. Die Themen wurden immer breiter gefaßt und ein Schwerpunkt nahm immer mehr Raum ein: Der militante Widerstand. Der wurde theoretisch beleuchtet, wie überhaupt die autonome Szene, es gab viele inhaltliche Auseinandersetzungen in der *Radikal*. Gleichzeitig druckte die Zeitung auch Erklärungen zu militanten Aktionen ab, die die jeweiligen Gruppen geschrieben haben. So wurde im Laufe der Monate und Jahre auch sichtbar, wie breit der militante Widerstand in der BRD war. Dabei war die "Radi" aber nicht gerade unkritisches Hausblatt der Autonomen, sondern stellte oft auch unbequeme Fragen, mischte sich auch unmittelbar in Auseinandersetzungen mit ein – was sich übrigens bis heute kaum geändert hat.

1984 dann schlug der Staat zu: Verhaftung der offiziellen Herausgeber, Festnahmen von VerteilerInnen und VerkäuferInnen der Zeitung, Durchsuchungen, Beschlagnahmungen, Prozesse. Die Zeitung wurde kriminalisiert und sollte zur Aufgabe gezwungen werden. Doch dazu war sie wohl für die radikale, autonome Linke zu wichtig, denn bald fanden sich andere Leute, die das Projekt aus der Illegalität heraus weiterführen wollten. Doch das war nicht so einfach, denn es ist schon ein gewaltiger Unterschied, ob man jeden Monat legal eine Zeitung herausbringen kann, die an Kiosken usw. verkauft wird oder ob diese Zeitung unter den Bedingungen der Illegalität hergestellt und verteilt werden muß. Denn alles – von der Postadresse, über Redaktion, Herstellung, Druck, Verteilung in viele Städte und Regionen und auch der Einzelverkauf muß unter der schweren Bedingung erfolgen, daß die Polizei davon nicht erfahren darf. Und diese ist seit Jahren hinterher, all diese Wege aufzudecken und zu zerschlagen. Manchmal hatten sie kleine Erfolge, doch konnten sie bisher das Erscheinen der *Radikal* nicht verhindern!

Es ist aber auch klar, daß unter solchen Bedingungen kein monatliches Erscheinen mehr möglich ist. Doch so weiß "der Apparat" nie, wann er wieder mit einer neuen Zeitung rechnen muß und wenn er die neuste Ausgabe in der Hand hat, ist schon wieder fast alles gelaufen...

Übrigens haben die HerausgeberInnen der *Radikal* vor zwei Jahren in einem langen Interview mal zu ihrer Arbeit und den Bedingungen Stellung bezogen und viele interessante Sachen dazu gesagt. Dieses Interview kann beim Antifa-Versand bestellt werden.





Adressen:

RADIKAL:

Brief/Bestellung (5,– + 3,– Porto) kommt in einen Umschlag, auf dem nur "ZK" steht. Zukleben und in einen weiteres Umschlag stecken, nicht "Radikal" draufschreiben!!! Nur:

BLALYS, Griffenfeldsgade 29st., DK-2200 N Kopenhagen

INTERVIEW:

Best.-Nr. 067; 5,– + 3,– Porto und Verpackung an:

Antifa-Versand, Gneisenaustr. 2a, W-1000 Berlin 61.

Kleinanzeigen

An dieser Stelle kannst du ab der nächsten Ausgabe eine KLEINANZEIGE aufgeben! Diese Anzeige kostet pro angefangene Zeile (bis zu 30 Zeichen) 1,– DM, dazu kommen evtl. Chiffre–Kosten von 5,– DM (siehe unten). Jede Anzeige kann auch von uns abgelehnt werden. Anzeigen erscheinen in der jeweils neusten Ausgabe.
Es können auch Anzeige ohne Adresse abgedruckt werden, wir vergeben dann eine Chiffre–Nummer. Antworten auf diese Anzeige werden an mit dieser Nummer an uns geschickt und wir leiten die Zuschriften dann weiter. Dieser Service kostet allerdings 5,– DM extra.

Kurze Nachrichten

FREIHEIT FÜR AYHAN!

Im letzten Winter wurde im berliner Beton–Bezirk Marzahn der türkische Jugendliche Ayhan und mehrere Freunde von Faschisten in der S–Bahn mit Waffen angegriffen. Allerdings konnten sie sich verteidigen, wobei einer der Faschisten (REP–Mitglied) tödlich verwundet wurde. Nun stand Ayhan vor Gericht und: Er wurde freigesprochen! Dieses seltende Ereignis war sicher auch darauf zurückzuführen, daß sich die Belastungszeugen – die anderen Faschos – wirklich völlig dämlich anstellten. Sie machten fast alle sich widersprechende Aussagen, logen unter Eid, widersprachen sich zu vorherigen Aussagen und hatten sich auch noch vorher offensichtlich abgesprochen. So haben sie es lediglich geschafft, daß sie nun evtl. selber noch angezeigt werden.



Daß Ayhan freigesprochen wurde ist keine Selbstverständlichkeit, meist gehen solche Prozesse leider anders aus. Die Nebenklägerin (Mutter des Toten) wurde übrigens von Landesvorsitzendes der *REP, Carsten Pagel* vertreten!

Krieg' deinen Arsch hoch!

So, nun kennste das neue *Antifa Jugendinfo.* Hast du Lust, es bei dir zu verkaufen?
Wenn ja, dann schreib uns deine Adresse, wieviel Ausgaben du haben möchstest und schick uns das Geld (bar oder Scheck) mit.
Du bekommst dann die Zeitung entweder einmal oder erstmal regelmäßig, wie du willst.
Die Zeitung kostet (ab 100 St.) für dich 30 Pf. je Exemplar, verkauft wird sie für 50 Pfennig.

Die Preise sind:

50 Exempl.	20,- DM	300 Exempl.	90,- DM
100 Exempl.	30,- DM	400 Exempl.	120,- DM
200 Exempl.	60,- DM	500 Exempl.	150,- DM

usw.

Ja, ja ja! Schickt mir Eurer Käseblatt unbedingt zu:

Ich will ____________ Exemplare

Das kostet _________ DM, Kohle oder Scheck liegt bei.

O ich will das AJI nur *einmal* bekommen.
O schickt mir die Zeitung bis auf weiteres *regelmäßig*.

Oder ich will das Jugendinfo lieber als Einzelexemplar abonnieren:

O 20,- DM für 10 Ausgaben liegen bei!

Name, Adresse, Telefon:


GEGEN
NAZIS